Bürgerversammlung des 24. Stadtbezirks am 20.11.2024

Betreff (Wiederholung von Seite 1 – bitte nur 1 Thema pro Wortmeldebogen):
Scheinbeteiligung beenden
Eggarten erhalten

Antrag (Bitte formulieren Sie so, dass mit „ich stimme zu" oder „ich stimme nicht zu" abgestimmt werden kann) **oder Anfrage:**

Scheinbeteiligung für Bürgerinnen und Bürger beim Eggarten in den Bauplanungs- und Entscheidungsprozessen von Verwaltung und Politik beenden.
Daher die Bauplanungen zum Eggarten sofort einstellen

Raum für Vermerke des Direktoriums - bitte nicht beschriften -

- ☐ ohne Gegenstimme angenommen
- ☒ mit Mehrheit angenommen
- ☐ ohne Gegenstimme abgelehnt
- ☐ mit Mehrheit abgelehnt

[redacted]

Die Verfahrensart zur Bürgerbeteiligung in München ist undemokratisch. Eine kooperative Beteiligung zur Mitbestimmung bei Planungsprozessen zum Eggarten haben wir nicht.
Das Beteiligungsverfahren nach § 3 des Baugesetzbuches zur Beteiligung der Öffentlichkeit ist unwirksam, da eine Beteiligung der Öffentlichkeit beim Eggarten noch nie stattgefunden hat.

Antrag:
Scheinbeteiligung für Bürgerinnen und Bürger beim Eggarten in den Bauplanungs- und Entscheidungsprozessen von Verwaltung und Politik beenden. Daher die Bauplanungen zum Eggarten sofort einstellen.

Begründung:
Seit Jahrzehnten befinden wir uns im Bereich der Scheinpartizipation. Sog. Dialog- bzw. Informations-Veranstaltungen sind rein informell. Von einer tatsächlichen Teilhabe an Entscheidungen über die Zukunft der Stadt sind wir in München meilenweit entfernt.
Verfasste Mitbestimmungsrechte der Stadtbezirke werden von Stadtrat und Stadtverwaltung bestenfalls zur Kenntnis genommen.

Die Verfahrensart zur sog. Beteiligung beim Eggarten ist auch manipulativ da die Veranstaltungsformate als Marketingveranstaltungen konzipiert sind. Die mit der Stadt vernetzten Genossenschaften werben dabei für Wohnungsbau im Naturparadies mit ihrer hohen Artenvielfalt und der Klimaschutzfunktion.

Mangelnde Infrastrukturen, der vom Stadtrat ausgerufene Klimanotstand, die beschlossene Biodiversitätsstrategie und Bürgerproteste finden dabei kaum Beachtung.